

FORUM

„Wir haben es satt“

Immer mehr Menschen stellen den konsumorientierten Lebensstil infrage. Es entsteht eine neue gesellschaftliche Kraft. *Von Christiane Kliemann*

Es liegt definitiv etwas in der Luft. Es ist noch nicht konkret greifbar, doch der frische Wind ist überall zu spüren: Man braucht nicht lange zu suchen, um überall auf Initiativen für einen größeren sozialen und wirtschaftlichen Wandel zu stoßen. Sie werden immer populärer und auch immer mehr.

Versucht man, sich einen Überblick zu schaffen, scheitert man schnell angesichts ihrer schier Vielfalt und Anzahl. Deshalb seien hier nur einige Beispiele genannt: Bei der Initiative „Wir haben es satt“ gingen im Januar 30 000 Menschen für mehr ökologische Landwirtschaft auf die Straße, das „Generationen-Manifest“ für eine enkeltaugliche Politik konnte über 90 000 Unterstützer mobilisieren, und Initiativen wie Ökodörfer, kleinere ökologische Gemeinschaftsprojekte und die aus England stammende Transition-Town-Bewegung werden immer beliebter. Hinzu kommen die vielen Urban-Gardening-Projekte, die wachsende Sharing-Economy, Genossenschaftsprojekte und die Commons-Bewegung.

Viele von den Initiativen haben gemeinsam, dass sie nicht auf die Politik warten, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die sie sich wünschen. Sie versuchen vielmehr, durch konkretes Tun und den Aufbau alternativer Strukturen von unten einen Wandel herbeizuführen. Betrachtet man die Initiativen und Bewegungen in ihrer Gesamtheit, lassen sich

hier die folgenden Gemeinsamkeiten formulieren:

- die Verknüpfung ökologischer und sozialer Problemstellungen (kein Gegeneinander-Ausspielen mehr),
- die Abkehr vom Wachstumsparadigma,
- die Abkehr von ressourcenintensiver Produktion und industrieller Landwirtschaft,
- die Forderung nach mehr demokratischer Teilhabe und Mitgestaltung,
- die Bevorzugung kleiner und dezentraler Lösungen mit kurzen Feedback-Schleifen, Re-Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe, Dezentralisierung, mehr Suffizienz und Resilienz,
- solidarische Strukturen innerhalb von Gesellschaften, zwischen den Geschlechtern und auch im Verhältnis zwischen globalem Norden und Süden.

Leider gibt es auf parteipolitischer Ebene (noch) keinen ausreichenden Ansatz, dieser Ausrichtung eine Stimme zu geben, und so finden sich ihre VerfechterInnen in verschiedenen Parteien: bei den Grünen,

den Linken, den Piraten, Kleinparteien wie der ÖDP und teilweise auch der CSU. Wie in der Zivilgesellschaft sind auch hier die Akteure des Wandels zu breit gestreut, als dass sie auf den ersten Blick als neue gesellschaftliche Kraft sichtbar wären.

Die Regierung sendet die falschen Signale aus. Wachstum? Viele Bürger wollen eine andere Politik

Gleichzeitig zeigt der Stimmenzuwachs populistischer und nationalistischer Parteien bei der jüngsten Europawahl, dass ganz allgemein ein gewisses politisches Vakuum entstanden ist, das die bestehenden Angebote und Strukturen nicht mehr füllen können: In Zeiten umfassender Globalisierung, zunehmender Komplexität und Verflechtung und scheinbarer Machtlosigkeit der Politik gegenüber den Interessen der Industrie im globalen Wettbewerb empfinden die Menschen einen starken Mangel an Gestaltungsmacht auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Das viele Gerede von „Alternativlosigkeit“ hat jedoch Alternativen entstehen lassen, die die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft nicht wollen kann.

In dieser Situation ist es nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig, andere Alternativen aufzuzeigen und zu formulieren, die all jenen, die ein „weiter so wie bisher“ nicht wollen, eine echte Wahl lassen. Es ist wichtig zu zeigen, wie viele Menschen es inzwischen schon sind, die sich mit der Unterordnung jeglicher sozialer und ökologischer Interessen unter den ruinösen globalen Wettbewerb nicht mehr abfinden wollen, und die eine Lösung der multiplen globalen Krisen nicht mehr innerhalb, sondern außerhalb des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sehen.

Und es sind nicht nur die aktiven Vertreter des Wandels, die nach neuen Alternativen suchen: Auch im Mainstream der Gesellschaft und unter den Politikverdrossenen macht sich die Erkenntnis breit, dass unser konsumbasierter, beschleunigter Lebensstil in die Sackgasse führt. Immer

mehr Menschen haben das Burn-out-Syndrom, werden depressiv oder stürzen in andere Sinnkrisen. Viele gehen dann den Weg nach innen und fangen an, ihre eigenen und damit auch die gesellschaftlichen Verhaltensmuster zu hinterfragen.

Selbst in bürgerlichen und eher unpolitischen Kreisen habe ich persönlich bei Diskussionen die Erfahrung gemacht, dass Wachstumskritik und der Wunsch nach einer sozial-ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft auf offene Ohren stößt und prinzipiell positiv aufgenommen wird. Zweifel und Resignation rühren eher daher, dass eine Transformation des Systems als unrealistisch, wenngleich erstrebenswert empfunden wird. So sehen sich viele Menschen als Gefangene in Systemzwängen und nicht als bewusste Mitgestalter ihrer Lebenswelt.

Erscheinungen wie die Solidarisierung mit Näherinnen in Bangladesh, die zunehmende Popularität vegetarischer und veganer Ernährung und ein – wenn auch oft inkonsequentes – ökologisches und soziales Bewusstsein sind Ausdruck dessen, dass immer mehr Menschen in größerem Einklang mit ihren ethischen Werten leben möchten und unter Strukturen, die diesen entgegenstehen, leiden. Hier spricht auch die in kirchlichen Kreisen zunehmend formulierte Kapitalismuskritik eine deutliche Sprache.

Trotz all dieser zu beobachtenden Tendenzen stehen jedoch die von der Politik

ausgesandten Signale einem solchen Wandel diametral entgegen. Die Subventionen industrieller Großprojekte und der dafür nötigen Infrastruktur sind nur ein Beispiel wie auch die Unterordnung jeglicher gesellschaftlicher Interessen unter das Primat von Wettbewerb und Wachstum: Sozialabbau, Ausbeutung im globalen Süden, Klimawandel, Artensterben, Peak Oil, Degradierung von Böden, Ressourcenkrisen und -kriege – alles zweitrangig im Angesicht der Gefahr, dass die Wirtschaft aufhört zu wachsen oder das eigene Land im globalisierten Wettbewerb verliert.

Parallel zu der Ökobewegung in den Achtzigerjahren ist es deshalb höchste Zeit zu zeigen, dass die Anzahl der Menschen, die eine fundamental andere Politik und Wirtschaft möchten, nicht mehr zu übersehen ist. Es ist Zeit, diesen sich formierenden neuen politischen Willen sichtbar zu machen und echte politische und wirtschaftliche Alternativen zu schaffen.



Christiane Kliemann hat für das Klimawandelsekretariat der Vereinten Nationen (UNFCCC) gearbeitet. Sie ist unter anderem in der Ökodorbewegung engagiert und im Organisationsteam der Konferenz Degrowth 2014 in Leipzig tätig. FOTO: OH